

## Kleines Wörterbuch Amtsdeutsch

VORHER

Ausweislich Ihrer Akte nach Eingang Ihres Antrags bei Nichtteilnahme unter Vorbehalt des Widerrufs zwingende Vertretung lichtgesteuerter Verkehrsknotenpunkt Falls es einen Anmeldeüberhang geben sollte, würde der Schulleiter ein Aufnahmeverfahren durchführen.

Behördenbriefe können einfach zu verstehen sein – und trotzdem juristisch einwandfrei. Eine Bochumer Initiative für gutes Deutsch in Rathäusern

NACHHER

laut unseren Unterlagen sobald Ihr Antrag vorliegt wenn Sie nicht teilnehmen kann widerrufen werden gesetzlich vorgeschriebene Vertretung Ampel Wenn für eine Schule mehr Anmeldungen eingehen, als dort Plätze sind, entscheidet die Schulleitung, welche Kinder aufgenommen werden.

VON KATHARINA BLASS

**Bochum.** „Der Widerspruch hat keine aufschiebende Wirkung“, mahnten früher die Beamten der Bochumer Stadtverwaltung. Aber das war vor ihrer Sprachschulung. Inzwischen fügen sie hinzu: „Das heißt, auch wenn Sie Widerspruch einlegen, müssen Sie die Aufforderung zunächst fristgerecht erfüllen.“ Diese zusätzliche Erklärung ist das Werk von Michaela Blaha. Die Bochumer Sprachwissenschaftlerin betreibt eine Datenbank, in der Verwaltungsfachangestellte aus Kommunen und Bund vereinfachte Formulierungen für ihre Schreiben nachschlagen können.

Ihr „Internet-Dienst für eine moderne Amtssprache“ (Idema) entstand vor zehn Jahren. Da rief die 38-Jährige zusammen mit dem Germanistikprofessor Hans-Rüdiger Fluck an der Ruhr-Universität Bochum und der Stadtverwaltung Bochum ein wissenschaftliches Projekt zur Sprachverbesserung von Behörden texts ins Leben. Die Sprachwissenschaftler Blaha und Fluck forschten damals vor allem auf dem Gebiet der Experten-Laien-Kommunikation – also darüber, wie Beamte sich bei Bürgern verständlich machen und warum sie einander nicht verstehen.

2008 ging die Datenbank online und hat mittlerweile 22 Kunden – darunter das NRW-Innenministerium, die Bundesverwaltung und die Industrie- und Handelskammer Frankfurt/Main.

Nicht nur Deutschlehrer schüteln bei vielen Behörden texts den Kopf – und die Empfänger der Schreiben stehen oft vor einem Rätsel. „Nach der neuen

Bauordnung (BO 2002) handelt es sich entsprechend der Anlage 2 über baugenehmigungsfreie Vorhaben nach § 55 BO Ziffer 1.16 bei Dachaufbauten einschließlich Dachgauben auf bestehenden Gebäuden um baugenehmigungsfreie Bauvorhaben, die allerdings den Vorbehalten des Abschnitts V Nr. 1 und 3 unterliegen.“ Die Datenbank der Gesellschaft Idema bietet diese



„Die Sätze sind viel zu lang, es werden unnötige Fremdworte benutzt, der umständliche Nominalstil und das sperrige Passiv machen alles noch unverständlicher

Michaela Blaha

klare, aber dennoch korrekte Alternative an: „Auf dem Dach Ihres Gebäudes haben Sie eine Gaube errichtet. Dafür benötigen Sie zwar keine Baugenehmigung, allerdings hätten Sie uns die Baumaßnahmen trotzdem angekündigt.“ In Klammern dahinter folgen die juristisch vorgeschriebenen Paragraphen für diejenigen, die sich dort genauer informieren wollen.

Entgegen der Annahme vieler Bürger müssen Behördensätze

also nicht zwingend verschwurbelt und kompliziert sein. Die Geschäftsführerin der Firma für Sprachmodernisierung, Michaela Blaha, weiß, warum die Kluft zwischen der Behördensprache und verständlichen Formulierungen oft so groß ist. „Die Verwaltungen wollen hoheitlich klingen, weil sie wichtige, vom Staat übertragene Aufgaben wahrnehmen. Das soll dann nicht nach Freizeitclub klingen.“ Außerdem werde den Beamten, die die verklausulierten Formulierungen nutzen, gerne kaschierte Verantwortlichkeit vorgeworfen.

Aller Anfang für das Unternehmen „für klare Sprache“ war schwer. Im Jahr 2006 schrieb das fünfköpfige Uni-Team aus Sprachwissenschaftlern und Juristen 700 Städte in Deutschland an. Nur zwölf von ihnen erklärten sich bereit, in die Datenbank zu investieren, die damals noch im Aufbau begriffen war. Aus finanzieller Not trennte sich Blaha 2008 von der Wissenschaft – und gründete eine GmbH an der Universität, die sich ausschließlich mit der Fütterung der Datenbank beschäftigt. „Die Kommunen waren zwar an den bearbeiteten Texten interessiert, nicht aber an der Forschung“, berichtet Blaha, die sich im Oktober 2010 mit der mittlerweile tragfähigen Firma vollständig von der Universität löste.

Absicht, Sachzwang oder sprachliches Unvermögen? Was auch immer die Gründe für die Bescheide, Anschreiben oder Formularen in „Geheimsprache“ sind – Blaha hat die Fehler der Beamten hinreichend erforscht. „Die Sätze sind viel zu lang, es werden unnötige Fremdworte be-

nutzt, der umständliche Nominalstil und das sperrige Passiv machen alles noch unverständlicher.“

Der Internetdienst arbeitet längst nicht nur sprachkosmetisch. „Den Vorschlag eines Sprachwissenschaftlers prüft zuerst ein Jurist aus unserem Haus. Erst wenn der zufrieden ist, geht der Text zurück an die Behörde, die dann die fachliche Richtigkeit

„Wir sind ein so großes Haus, wir helfen uns untereinander

Inge Schürmann  
Presseamt der Stadt Köln

bescheinigt“, erklärt Blaha.

In der Datenbank befinden sich inzwischen 500 Schlagwörter und über 300 komplette Texte – allesamt dreifach geprüft. Die Verwaltungsbeamten der teilnehmenden Kommunen können nach Textbausteinen im Lexikon suchen, aber auch nach ganzen Vorlagen.

Die Stadtverwaltung Köln verzichtet auf eine Mitgliedschaft im Idema, Inge Schürmann vom Presseamt der Stadt, begründet dies mit der guten Qualität ihrer Schreiben. „Wir sind ein so großes Haus, wir helfen uns untereinander. Außerdem sind viele Beamte hier gut geschult, das färbt auf die anderen ab.“

„Im Verhinderungsfalle wird der Widerspruchsführer gebeten, dies mitzuteilen. Geheimnisse des Amtsdeutschen“, Michaela Blaha und Hans-Rüdiger Fluck. Herder Verlag 2010.

## 16 Verdächtige sind benannt

LOVEPARADE Keine Ermittlungen gegen OB Sauerland und Veranstalter Schaller

**Duisburg.** Knapp ein halbes Jahr nach dem Unglück bei der Duisburger Loveparade mit 21 Toten ist die Phase der Ermittlungen gegen „Unbekannt“ vorbei: Die Staatsanwaltschaft sieht bei 16 Menschen einen Anfangsverdacht der fahrlässigen Tötung und Körperverletzung. Gegen diese 16 Beschuldigten „aus dem Verantwortungsbereich der Stadt Duisburg, des Veranstalters und der Polizei“ sei ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, teilte die Ermittlungsbehörde mit. Betroffen sind elf Mitarbeiter der Stadtverwaltung, vier von Lopavent und einer von der Polizei. Gegen den Duisburger Oberbürgermeister Adolf Sauerland (CDU) wird nach Informationen aus Justizkreisen nicht ermittelt. Auch gegen den Chef der Veranstalterfirma Lopavent, Rainer Schaller, nicht.

„Die Verantwortlichen für diese Katastrophe müssen ermittelt und zur Rechenschaft gezogen werden“, fordert NRW-Innenminister Ralf Jäger. „Wir wollen Klarheit über die Ursachen der Katastrophe“, betonte er. „Mit der Benennung von Beschuldigten gehen die Ermittlungen in die konkrete Phase“, sagte der Minister. Die Beschuldigten würden nun vernommen.

Ein Sprecher der Duisburger Staatsanwaltschaft schloss Verfahren gegen weitere Beteiligte nicht aus, weil die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind. Das aktuelle „Zwischenergebnis“ beruht demnach auf der Vernehmung von mehr als 2200 Zeugen – Loveparade-Besuchern, Polizisten, Feuerwehrleuten und

Rettungskräften sowie Mitarbeitern des Veranstalters, von Sicherheitsdiensten und der Stadtverwaltung. Zudem hätten die knapp 90 beteiligten Ermittler in Köln eine Vielzahl von Fotos, Hunderte Stunden Videoaufzeichnungen und vieler elektronischer Daten gesichtet.

Diesen intensiven polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen sei es zu verdanken, „dass die nun vorliegen-

„Erst die weiteren Ermittlungen werden zeigen, ob im Einzelfall Anklage zu erheben oder das Verfahren einzustellen ist

Staatsanwalt

den Erkenntnisse innerhalb eines überschaubaren, sowohl den Opfern und deren Angehörigen als auch den nunmehr Beschuldigten gerecht werdenden Zeitraums gewonnen werden konnten“, sagte der Sprecher.

Er betonte, der Anfangsverdacht bedeute nicht zwingend, dass sich die Beschuldigten auch vor Gericht verantworten müssen. „Erst die weiteren Ermittlungen werden zeigen, ob Anklage zu erheben oder das Verfahren einzustellen ist.“ Während der Loveparade am 24. Juli 2010 war an einem überfüllten Zugangstunnel eine Massenpanik ausgebrochen. 21 Menschen starben, 500 wurden verletzt. Danach schoben sich Stadt, Veranstalter und Polizei gegenseitig die Verantwortung zu. (afp, ddpd, rtr) [www.ksta.de/loveparade](http://www.ksta.de/loveparade)

## Villa Horion als Haus der Geschichte vorgeschlagen

INITIATIVE Der Präsident des Landtags bringt Amtssitz von Rau ins Gespräch

**Düsseldorf.** Nordrhein-Westfalen braucht aus Sicht von Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg (CDU) ein Haus der Geschichte. Ein geeigneter Ort könnte der Dienstsitz des früheren Ministerpräsidenten Johannes Rau sein, die Villa Horion am Düsseldorf Rheinufer, schlug Uhlenberg vor. In dem Haus könnten die Bürger die Entstehung des Landes und die Landesgeschichte nachvollziehen.

Laptops im Plenarsaal?

In diesem Jahr sei aber wohl kein Geld für ein solches Projekt da, meinte der Präsident bei seinem Neujahrsempfang. Die repräsentative Villa ist Sitz des Petitionsausschusses des Landtags. Eine kontroverse Debatte läuft derzeit quer durch die fünf Landtagsfraktionen über die Frage, ob den Abgeordneten erlaubt werden soll, Laptops im Plenarsaal zu benutzen.

Die Vorteile schneller Information durch die neuen Medien müssten abgewogen werden

gegen ein möglicherweise negatives Erscheinungsbild im Internet surfender Parlamentarier, berichtete Uhlenberg. Ein Besuch im Landtag von München, der Laptops erlaubt, und im Bundestag, der während der Plenarsitzung Tablet-Computer gestattet, sollen dem Präsidium bei der Entscheidung helfen.

In der Sommerpause soll der Plenarsaal für 3,8 Millionen Euro umgebaut werden. „Nach 23 Jahren gibt es dringenden Renovierungsbedarf.“ Abgeschlossen ist inzwischen der 11,5 Millionen Euro teure Anbau für die Landtagsverwaltung.

Bis zur Jahresmitte soll der Landtag über einen „Raum der Stille“ für Andachten verfügen. Er soll von Gläubigen verschiedener Religionen ebenso wie von Nichtgläubigen genutzt werden können. (dpa)



Eckhard Uhlenberg

BILD: DPA

## Kastration von Katzen erwogen

STREUNER Landesministerium reagiert mit Überlegungen auch auf überfüllte Tierheime

**Düsseldorf.** Eine Kastrationspflicht als letztes Mittel gegen die ungebremste Vermehrung streunender Katzen wird jetzt auch in Nordrhein-Westfalen erwogen. Die Situation in den Tierheimen des Landes sei dramatisch, heißt es in einer Antwort des Naturschutzministeriums auf eine Anfrage der SPD-Landtagsfraktion. Manche seien schon gezwungen, einen Aufnahmestopp für Katzen zu verhängen.

Auch Tierschutzverbände fordern mit Blick auf die schlechten Lebensumstände der Streuner eine Kastrationspflicht. Einige Kommunen, wie etwa Paderborn, hätten eine solche Pflicht bereits für freilaufende Katzen eingeführt. Allerdings sei die rechtliche Basis diffus und das Problem im Grunde nur durch ein einheitliches landes- oder bundesweites Vorgehen zu lösen. „Eine Möglichkeit könnte die

Aufnahme einer Kastrationspflicht von Katzen in das Tierschutzgesetz sein“, schlug das Ministerium vor. Als ersten Schritt will die Landesregierung Tierschutzverbände in diesem Jahr finanziell bei ihren Bemühungen für eine höhere Kastrationsquote unterstützen.

Ein Vorbild könnte der nationale Aktionsplan in Belgien sein. Dort sollen bis 2016 sämtliche Kater und Katzen kastriert bezie-

ungsweise sterilisiert werden. Zunächst die Tiere aus Heimen, dann auch Katzen in Privathaushalten. Auch in NRW gebe das Ordnungsrecht den Kommunen Möglichkeiten, schreibt die Regierung. „Eine Verordnung kann Eigentümer von Katzen allerdings nur dann verpflichten, ihre Tiere zu kastrieren, wenn die ... Katzen eine abstrakte Gefahr für Leib oder Leben von Menschen darstellen.“ (dpa)